

Editorial

Die Sowjetunion, das letzte Imperium auf dem Kontinent, löst sich auf, die kommunistischen Parteien verschwinden, und die Menschen im östlichen Teil Europas freuen sich über die wiedergewonnene Freiheit.

Was werden sie mit ihr tun? Ein Blick auf das Erbe der vergehenden Epoche kann vielleicht bei der Antwort helfen.

Vorab: Die Freiheit wurde den Bürgern im östlichen Europa nicht geschenkt, weder von einem aufgeklärten Diktator noch von einer westlichen Großmacht. Sicherlich war es wichtig, daß der Mann in der Machtzentrale des Imperiums verständig war und zuließ, daß das Notwendige geschah; genauso wichtig war es, daß die Außenpolitik der anderen Großmacht im entscheidenden Moment die nötige Mischung aus Unnachgiebigkeit und Flexibilität zeigte. Weitere Faktoren kamen hinzu, allen voran der Kollaps des sozialistischen Wirtschaftssystems in der ganzen Region, oder in Polen ein Papst, der den Widerstand der Menschen auf friedliche Weise zu mobilisieren verstand.

Ausschlaggebend aber war die schlichte Tatsache, daß sich die Menschen, ob im ehemaligen Osteuropa oder in den baltischen Ländern oder schließlich auch in Moskau oder Leningrad, nicht mit der Abschaffung von Freiheit und Recht abfinden wollten und daß sie in den entscheidenden Momenten bereit waren, ein großes Risiko auf sich zu nehmen, um dies auch zu zeigen.

Was hat ihren Widerstand so stark gemacht? Die Antwort wird sicherlich von Land zu Land verschieden ausfallen. Form und Intensität des Widerstands variierten, er reichte von der diffusen individuellen Renitenz bis zur organisierten Massenbewegung. Unterschiedlich waren auch seine politische und seine soziale Wirkung. In manchen Ländern war er latent und wurde erst wirksam und sichtbar, als die alte Ordnung schon wankte, woanders verlief er als offener Kampf, der die Revolution einleitete.

Das Bild ist zu disparat, als daß es sich zu einem Widerstandsmythos fügen ließe. Fast niemand mehr in Ostmitteleuropa war in den letzten zehn Jahren für das System, was nicht heißt, daß fast alle gegen es gewesen wären. Dennoch ist es wahr, daß der Unwille stetig wuchs. Eine wichtige Quelle des Widerstands waren so elementare Motive wie die Wut auf den absurden täglichen Kleinkrieg um das Notwendigste (bei gleichzeitigem Gegängelt-Werden), das Gefühl, eingesperrt zu sein, die Faszination durch den Westen, der Appetit auf Bananen.

Keines dieser Motive verdient Verachtung, doch erklären sie nicht das Gelin-

gen der ostmitteleuropäischen Revolutionen. Der Unmut alleine wäre individuell geblieben, die sich in ihm akkumulierende Energie war amorph und ambivalent. Entscheidend war, daß es gleichzeitig gesellschaftliche Strukturen gab – überkommene und neugeschaffene –, die erstens selbst zusätzliche Kräfte ins Spiel brachten und zweitens in der Lage waren, die individuellen Energien aufzunehmen, zu bündeln und zu artikulieren – auf den Sturz der alten Ordnung hin und über ihn hinaus.

Heute gilt es zu bestimmen, welche Funktion und Bedeutung diese Strukturen und Kräfte nach 1989 im neuen gesellschaftlichen Kontext haben. Es könnte sein, daß sie die Zukunft des ehemaligen Osteuropa wesentlich mitprägen: Werden die Menschen in den postkommunistischen Ländern es schaffen, das, was sie im Widerstand gegen den Kommunismus gelernt haben, für den Aufbau einer modernen und demokratischen Gesellschaft nutzbar zu machen – oder wird das Erbe der Nachkriegszeit zu einer Last, die diesen Aufbau blockiert?

Im folgenden seien einige jener sozialen Einrichtungen und Kräfte genannt, die den Widerstand in Ostmitteleuropa mitgetragen haben:

Eine wichtige Rolle hat die *Religion* gespielt bzw. ihre organisierte Form, die Kirche. Die katholische Kirche hat zur Stärkung des Widerstands in Polen enorm beigetragen, die evangelische in der DDR. Sicherlich gab es wesentliche Unterschiede, aber was Czeslaw Milosz in seinem Beitrag zum vorliegenden Heft schreibt, trifft nicht nur auf sein Land zu: »Die Kirche hat in Polen sowohl während des Krieges als auch im Laufe der darauffolgenden fünfundvierzig Jahre atheistischer Herrschaft, die bemüht war, durch Sprachverwirrung die Grenzen zwischen Gut und Böse zu verwischen, eine ungewöhnlich große moralische Autorität erworben. Die Kirche brachte immer wieder grundlegende Werte in Erinnerung und bewahrte auf diese Weise die schlichtesten, doch wahren Unterscheidungen.«

In der Sowjetunion, aber auch anderswo, wurden die *nationalen Gemeinschaften* mit ihrer Geschichte, ihren Traditionen und Mythen für die kommunistischen Machthaber zu einer unüberwindlichen Schranke; alle ihre Versuche, die nationalen Gefühle für ihre politischen Zwecke zu manipulieren, scheiterten letzten Endes. Es zeigte sich, daß selbst die Arbeiter, die angeblich internationale Klasse, ein Vaterland haben, auf das sie nicht einmal unter massivem Druck verzichten wollten.

Dann das *Dorf* mit seinen Bauern, die sich, insbesondere in Polen, jahrzehntelang ebenso starrköpfig wie erfolgreich dagegen gewehrt haben, ihre traditionelle Lebensweise preiszugeben und dem »Arbeiter- und Bauernstaat« einverleibt zu werden.

Die zuletzt, vor allem in Ungarn, rapide wachsende *Schattenwirtschaft* war ein weiterer Abwehrmechanismus der Gesellschaft, die so die Kluft zwischen dem ineffizienten und absurden Produktionssystem und den Bedürfnissen der Produzenten zu überbrücken suchte.

Dann die *Familie*, die angesichts der weitgehenden Zerstörung der *civil society* zum wichtigsten Medium für die Weitergabe traditioneller Inhalte und Werte wurde und damit zu Zuflucht und Hort des Widerstands gegen den Zugriff des totalitären Staates.

zung der sozialen Mobilität blockieren, werden die in der Schattenwirtschaft erworbenen Verhaltensweisen die Entwicklung einer funktionierenden Marktwirtschaft hemmen, wird die antipolitische Attitüde die Herausbildung einer politischen Landschaft verhindern?

All dies kann geschehen. Der Abschied vom sowjetischen Imperium gibt noch keine Garantie für eine geglückte Gesellschaft. Es wächst die Zahl der Jammernenden, die glauben, schon die Antwort auf die oben gestellten Fragen zu haben, und als Tatsache verbuchen oder zumindest als sichere Zukunft prognostizieren, was noch offen ist. Sie könnten recht behalten, aber es muß nicht so kommen. Es gibt viele Wege zu Demokratie und gesellschaftlicher Modernisierung, und es können noch neue eingeschlagen werden. Daß traditionelle Einrichtungen nicht immer Hindernisse für Modernisierung und Demokratisierung sein müssen, zeigen auch außereuropäische Erfahrungen (vgl. den Beitrag von Robert P. Weller). In den nachrevolutionären Gesellschaften Ostmitteleuropas müssen diese Strukturen jedenfalls ihren Platz erst noch finden, ihre Funktion muß neu definiert werden. Sie befinden sich an einem Scheideweg, nicht anders als die Gesellschaften, die von ihnen mitgestaltet werden. Von der Richtung, die sie einschlagen, könnte die Zukunft des postkommunistischen Europa abhängen.

Gemeinhin werden traditionelle Institutionen wie Religion, Nation oder Familie im Gegensatz zu Modernisierung und Demokratie gedacht. Doch dieser Gegensatz ist nicht zwingend. Wäre er es, und gäbe es ein verbindliches Modernisierungsschema, dann wären die Revolutionen von 1989 in der Tat nur »nachholende« gewesen: Nachdem der Kommunismus seinen Teil der Welt halbwegs elektrifiziert hätte, müßte nach seinem Ende nur noch die Demokratie eingeführt werden. Die in Jahren des Widerstands gewonnene Stärke und die in ihr beschlossenen Erfahrungen und Hoffnungen wären dann nur noch Ballast.

Und folglich auch für die Menschen im Westen überflüssig: etwas, das längst obsolet ist oder das sie ohnehin schon besitzen. Aber könnte es nicht anders sein? Könnten die in den Gesellschaften der ehemals kommunistischen Länder erworbenen Erfahrungen und Tugenden nicht auch Chancen für die Gesellschaften im Westen bergen?

Die Übergangsprobleme in Deutschland stellen sich im Vergleich zu den übrigen betroffenen Ländern in vieler Hinsicht anders dar. Die Deutschen sind politisch geeint – sozial, wirtschaftlich und auch von der Mentalität her ist das Land aber noch immer geteilt. Das vorliegende Heft diskutiert ein Problem, das ein Erbe dieser Teilung ist und nun gemeinsam gelöst werden muß: die unterschiedliche Regelung des Abtreibungsrechts.

Uns ging es hierbei nicht um weitere Argumente in der Debatte, sondern um ihre demokratiepolitische Relevanz für die künftige politische Kultur in Deutschland. Die Beiträge sind Versuche zu einer Reflexion über die Auseinandersetzung selbst und zur Klärung ihrer historischen Voraussetzungen.

Die Kontroverse hat in gewisser Weise symptomatischen Wert für das vereinigte Deutschland: Zum einen kollidieren hier unterschiedliche Erfahrungen, Wert- und Rechtsvorstellungen (die, wie der Beitrag von Klaus Günther zeigt,

In diesen Zusammenhang gehört auch die *Freundschaft*, deren Bande nicht den Gesetzen der Loyalität gegenüber dem Machtzentrum gehorchten und die damit ebenso eine Grenze für die Macht der Regierenden darstellte.

Die Politik des Widerstands wurde unter kommunistischen Bedingungen fast überall (und fast immer programmatisch) zur Antipolitik. Die klassischen politischen Institutionen: Parlament, zentrale und regionale Regierungen, Parteien usw. waren durch die kommunistische Partei dominiert, Opposition war illegal. In dieser Situation konnten Veränderungen nicht durch die Teilnahme am politischen Prozeß, sondern nur durch Maßnahmen außerhalb der politischen Sphäre bewirkt werden: durch Stärkung der außerstaatlichen gesellschaftlichen Strukturen, durch den Aufbau einer »alternativen« Gesellschaft außerhalb der Domäne des Staates. Nicht von ungefähr wurde der Begriff *civil society* zur Hauptlösung der osteuropäischen Opposition. Mißtrauen gegenüber politischen Mechanismen läßt sich in den vor 1989 erschienenen Schriften oppositioneller oder mit der Opposition verbundener Intellektueller finden (Václav Havels »Macht der Ohnmächtigen« und György Konráds »Antipolitik« sind die bekanntesten Beispiele), aber auch in den nach 1989 zu beobachtenden Bestrebungen mancher Oppositionsführer in Polen, die Funktion von Parteien in der Demokratie mindestens teil- und übergangsweise durch eine überparteiliche Bewegung – die *Solidarnosc* – zu ersetzen. Auch in der enttäuschend niedrigen Beteiligung an den Parlaments- und Regionalwahlen in Polen und Ungarn spiegelt sich wohl der Argwohn gegen die Politik wider.

Es gibt natürlich eine Reihe weiterer gesellschaftlicher und politischer Faktoren, die den Widerstand gegen die kommunistische Ordnung in Osteuropa und in der Sowjetunion ermöglicht haben; doch haben die oben aufgezählten sicherlich zu seiner Stärkung beigetragen. Allerdings kann man berechnete, durch historische Erfahrung gestützte Zweifel hegen, ob es ausgerechnet Kirche, Nation, Familie, Freundschaft, bäuerliche Tradition oder illegale oder halblegale Wirtschaftsformen sind, die die gesellschaftliche Basis für den Aufbau einer modernen Demokratie und Wirtschaft bieten können. In der Tat scheint ein Blick auf die »Mühen der Ebene« im Osten Europas diese Zweifel zu bestätigen: Wir sind Zeugen von Kontroversen über die Rolle der Kirche in der neuen polnischen Republik, von wachsenden Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen der Region, von Krieg in Jugoslawien, von der fast überall in Ostmitteleuropa anzutreffenden Schwierigkeit, gegen wachsende politische Apathie ein funktionsfähiges demokratisches System aufzubauen, von einer Kette von Skandalen im Finanz- und Wirtschaftsleben, die den ohnehin schwierigen Übergang zur Marktwirtschaft zusätzlich erschweren.

Es scheint schwerzufallen, das im Widerstand Erlernte auch nach dem Sieg zu nutzen. Wird die im Kampf gegen den Kommunismus gewonnene Stärke unter Bedingungen politischer und wirtschaftlicher Freiheit zum Handicap? Wird die Kirche zum Hindernis für den Aufbau eines modernen demokratischen Staats, wird allenthalben aus nationalem Selbstbewußtsein aggressiver Nationalismus? Werden traditionelle Institutionen wie Dorfgemeinschaft oder Familie die Freiset-

nicht im klassischen Muster konservativ/fortschrittlich aufgehen). Zum anderen bietet diese Auseinandersetzung die Chance – oder zwingt sogar – zu einer Überprüfung des demokratischen Selbstverständnisses. Daß die Diskussion inzwischen quer zu den bestehenden politischen Trennlinien verläuft und sich heute offensichtlich nicht mehr ohne weiteres instrumentalisieren läßt, deutet darauf hin, daß hier tieferliegende Probleme berührt werden.

Ein Teil der vorliegenden Beiträge (die Artikel von Gábor, Gross, Król und Stark) ist aus der Konferenz »Obstacles to the Transformation of Soviet-Type Societies in Eastern Europe« hervorgegangen, die das *Institut für die Wissenschaften vom Menschen* im Juni 1991 in Zusammenarbeit mit dem *Institute for the Study of Economic Culture* (Boston University) in Wien veranstaltet hat. Die Konferenz wurde von dessen Direktor, Peter L. Berger, und János Mátyás Kovács, wissenschaftliches Mitglied des IWM, geleitet; wir danken letzterem für Rat und Tat bei der Vorbereitung dieses Heftes. Teilnehmer dieser Konferenz waren auch Barry B. Levine und Robert P. Weller.

Boston und Wien im Dezember 1991